

DIE SCHLACHT BEI KÖNIGGRÄTZ ALS GESCHICHT- LICHER WENDEPUNKT*

Von Otto v. Habsburg

Im deutschsprachigen Raum, ob es sich nun um Österreich, um die Bundesrepublik oder auch um das unsichtbare Reich der Heimatvertriebenen handelt, ist eine Zeit geschichtlicher Gedenktage und Jahre angebrochen. 1966 erinnert uns an die Schlacht von Königgrätz, während 1970 und 1971 die Reichsgründung zu Versailles in den Blickpunkt stellen wird. Es ist darum keineswegs erstaunlich, daß wir auf dem deutschen Büchermarkt nicht nur eine wachsende Anzahl geschichtlicher Neuerscheinungen finden, sondern daß sich auch Strategen, Philosophen und Politologen mit der Problematik befassen, die auf uns als Erben historischer Tage überkommen ist. Selten hat es eine Zeit gegeben, in der man so wie heute mit erschreckender Klarheit ermessen kann, daß die Geschichte in ihren großen Augenblicken wie in den Stunden menschlichen Versagens eine Kontinuität aufweist, die dem Handelnden das Ausmaß seiner Verantwortung vor Augen führt, und gleichzeitig auch den Begriff des Verhängnisses wohl nicht in der Form der düsteren Tragik der Antike, immerhin aber als eine die persönliche Schuld mindernde Tatsache erscheinen läßt.

Man muß sich allerdings bei solchen Betrachtungen im klaren darüber sein, daß die Geschichte nicht nur in „kurzen Wellen“, sondern auch in „langen Wellen“ verläuft, und daß die Kausalzusammenhänge oft ausgedehnte Zeiträume umspannen. Ein Jahrhundert, die Epoche, die uns von Königgrätz trennt, das sind drei Menschenalter. Die neuere Psychologie zeigt uns, welche Bedeutung die Generationenfolge für das Denken und mehr noch für die Emotionen hat. Wir haben uns in den letzten Jahren mit solchen Fragen wie dem Vater- und dem Großvaterproblem oft aus aktuellem Anlaß beschäftigt. Ein Ereignis, wie es das von Königgrätz war, übt auf die Zeitgenossen bestimmte Wirkungen aus. Unter den Miterlebenden werden freilich wieder diejenigen, die handelnd dabei waren, die Alten, die es mehr passiv beobachteten und die Jungen, die noch nicht am Zuge waren, anders empfinden. König Wilhelm, der um mehr als ein halbes Menschenalter jüngere Bismarck und Kronprinz Friedrich Wilhelm, der Bismarcks Sohn hätte sein können, haben auf den Krieg und den Sieg Preußens jeweils verschieden reagiert. Der König, der noch ein Altpreuße war, hat die Gründung des kleindeutschen Reiches mit sehr zwiespältigen Gefühlen über sich ergehen lassen und noch 1871 seinem Kanzler gegrollt, weil er ihm den Kaisertitel

* Vortrag, der am 16. Juni 1966 in der Universität München gehalten wurde.

aufdrängte, der ihm nichts sagte; der Kronprinz, der 1866 gegen den Krieg war, ist 1870/71 ein leidenschaftlicher Verfechter des Kaisergedankens geworden, den er in den Rahmen eines spätromantischen Mythos einspannen wollte. Bismarck war nach 1866 noch wandlungsfähig genug, der großpreussischen Politik, die er bis dahin mit Leidenschaft vertreten hat, eine Wendung ins Gesamtdeutsche zu geben. Seinen Haß gegen Österreich wandelte er buchstäblich noch unter dem nachhaltenden Donner der Entscheidungsschlacht in ein, leider verspätetes, mitteleuropäisches Denken, in dem der Bestand Österreichs, wie er schon in dem berühmten Schreiben an König Wilhelm in Nikolsburg ausführte und später oft wiederholte, im europäischen Interesse unentbehrlich war. Er näherte sich damit jener Erkenntnis, die Palacký 1848 ausgesprochen hatte: „Bestünde Österreich nicht, so müßte man es schaffen, im Interesse Europas, ja im Interesse der Humanität.“

Auch in der rückblickenden Betrachtung haben die Geschichte gewordenen Ereignisse von Generation zu Generation ein anderes Gesicht. Sie werden neu gewogen und neu gewertet. Und in gleichem Maße machen sie nun wieder Geschichte. Nichts was einmal geschehen ist und unabänderlich festliegt, ist tot. Es wirkt weiter, es wird zur Ursache für neues Handeln. Nur wenn wir das erkennen, werden wir imstande sein, die Zusammenhänge zwischen den Ereignissen unserer Zeit und den hundert Jahre zurückliegenden zu verstehen. Man muß an ein Gespräch denken, das im Jahre 1870, nach Sedan und dem Sturz Napoleons III., der große Historiker Ranke mit einem neutralen Ausländer führte. Dieser fragte den deutschen Gelehrten, gegen wen die Deutschen denn jetzt nach dem Sturze des bonapartistischen Kaiserreichs noch Krieg führten. „Gegen Ludwig XIV.“, antwortete Ranke. Eugen Rosenstock weist in seinen „Europäischen Revolutionen“ auf ein anderes Beispiel hin, wie Ursache und Wirkung sich über Jahrhunderte weg geradezu auf mystische Weise verknüpfen: Als Friedrich II. von Hohenstaufen sein dem Papste gegebenes Versprechen brach und die Vereinigung Siziliens mit dem römisch-deutschen Reiche, die *Unio regni ad imperium*, vollzog, sprach der Papst in der Bannbulle von der *Vulnerata conscientia*, dem verwundeten Gewissen des Kaisers. Fast auf das Jahr genau, aber drei Jahrhunderte später verwendet Martin Luther genau das gleiche Wort in seiner Antwort an den Papst. Er spricht von der *Vulnerata conscientia* des Papstes, und in gewissem Sinne war die Reformation der Gegenschlag der Deutschen auf den Kampf der Päpste gegen die Staufer.

Kommen wir unserer Zeit und unserem Thema näher: der Ausschluß aus dem Deutschen Bund erzeugte in Österreich ein Trauma, eine tiefe seelische Wunde. Um dieses zu kompensieren, stürzten sich viele in geradezu absurde Emotionen. Sie wurden die Bismarck-Verehrer, aber sie verneinten mit dem gleichen Fanatismus, mit dem sie den preussischen Staatsmann auf das Postament eines Halbgottes hoben, sein politisches Konzept. Hatte dieser den großdeutschen Gedanken gedemütigt und entmachtet, so wollten sich die Deutschösterreicher nicht mit der im Prager Frieden erzwungenen Teilung Deutschlands abfinden. Hatte Bismarck aus einer Reihe von Gründen, die er in dem

schon erwähnten Schreiben an den König im einzelnen auseinandersetzte, jede Vereinigung Preußens mit den deutschsprachigen Gebieten Österreichs abgelehnt, so forderten die Anhänger Schönerers in den achtziger und neunziger Jahren den Anschluß an den Staat der Hohenzollern. Als man Bismarck damals fragte, was er wohl täte, wenn sich die Deutschösterreicher an das Reich anschließen wollten, antwortete er eiskalt: „Gegen sie Krieg führen.“

Aus diesen seelischen Komplexen, dem Trauma von 1866 und der Überkompensation des Minderwertigkeitsgefühles durch die alldeutsche Bewegung, erklärt sich die politische Atmosphäre, aus der Hitler kam. An dem überhitzten Nationalismus dieses Schönerer-Jüngers ist der von Bismarck gegründete kleindeutsche Nationalstaat zugrunde gegangen. Der gebürtige Österreicher Hitler war es, der dem preußisch-kleindeutschen Staat imperiale Ziele setzte, die weit über seine Kraft hinausgingen und ihn in die furchtbarste Niederlage der Geschichte stürzten.

Über Generationen hinweg hängen Ursache und Wirkung zusammen. Als Heinrich Friedjung Anfang der neunziger Jahre sein Werk über den „Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland“ beendete, das für lange Zeit die Grundlagen für die Beurteilung der Ereignisse von 1866 legte, lebte Bismarck noch, regierte in Österreich noch Kaiser Franz Joseph, dienten in den nunmehr verbündeten Armeen der Habsburger und der Hohenzollern noch hunderte Offiziere, die einander bei Königgrätz in Waffen gegenüberstanden waren. Friedjung schloß sein Buch mit den Worten: erst wenn die Generation von Königgrätz ins Grab gestiegen sein werde, könnten die Wunden, die der deutsche Krieg der Nation geschlagen, vernarben. Aber auch das war eine zu kurz gesetzte Frist. „Die Tradition der toten Geschlechter lastet wie ein Alpdruck auf den lebenden“, sagt Karl Marx. Diese scharfsinnige Beobachtung wurde seit der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg und der Zerstörung Österreichs aufs neue bestätigt.

Man kann gegenüber den Gedenktagen, die nunmehr auf uns zukommen, zwei grundlegende Stellungen beziehen.

Auf der einen Seite befinden sich die sogenannten Vergangenheitsbewältiger. Ihre Haltung verrät ein tiefes Schuldbewußtsein, das fast immer in einen Verdrängungskomplex übergeht. Man versucht wohl nicht die Tatsache abzuleugnen, aber man kann nur in Schwarz und Weiß zeichnen, wobei weitgehend, insbesondere in der Geschichte des eigenen Volkes, der Blick nur auf die Schattenseiten gerichtet ist, während das Licht entweder übersehen, oder aber als volkspädagogisch unberechtigt verdunkelt wird. Diese Haltung mündet bei einigen in Masochismus, einer leidenschaftlichen Verneinung der eigenen Vergangenheit und jener Sehnsucht nach dem Jahr Null, das an gewisse altertümliche Praktiken, von denen uns auch die Hl. Schrift berichtet, erinnert.

Eine solche Einstellung zur Geschichte ist vielleicht psychiatrisch interessant, sicherlich aber unfruchtbar. Wie es anders gemacht werden kann, zeigt uns das Beispiel von Kaiser Franz. Als Napoleon im Jahr 1809 auf kurze Zeit Wien besetzte, ließ dieser vor dem Schloß Schönbrunn — der Residenz

des Kaisers — seine steinernen Adler aufstellen. Nachdem der Feind aus der österreichischen Hauptstadt abgezogen war, wurde dem Herrscher geraten, die Symbole der Okkupationsmacht zerstören zu lassen. Franz I., ein Monarch, dessen tiefe Weisheit die Geschichte häufig unterschätzt hat, vielleicht weil er in kluger Zurückhaltung oft im Schatten Metternichs gestanden ist, wies das Ansinnen zurück. Auch die Siegeszeichen des Gegners seien Teil der Geschichte Österreichs, betonte er, selbst dann, wenn seine Vorherrschaft nur kurz gedauert habe. Sie gehören damit zum Gesamterbe seines Volkes und sollen nicht zerstört werden.

Die Haltung des Kaisers zeigt ein gesundes, nicht komplexbeladenes Verhältnis zur Geschichte. Es nützt nun einmal nichts, unter der Last der angeblichen oder echten Schuld geistig zusammenzubrechen, ganz abgesehen davon, daß es auf alle Fälle unberechtigt ist. Die Geschichte eines jeden Volkes hat ihre Licht- und Schattenseiten, ihre edlen und großen Stunden, sowie Zeiten, in denen das Schlechte obsiegt. Eine objektive Geschichtsbetrachtung beweist, daß es keine „guten“ aber auch keine „schlechten“ Völker gibt, sondern daß in jedem etwas von beiden zu finden ist. Eine sachliche Bilanz wird zeigen, daß bei Allen das Gute überwiegt und daß daher die einzige legitime Haltung gegenüber der Geschichte nur die sein kann, sich zu ihrer Gesamtheit zu bekennen, und sie als ein unteilbares Erbe zu übernehmen. Geistiges Flagellantentum kann Ereignisse und seien sie noch so häßlich, nicht ungeschehen machen. Wo etwas der Geschichte angehört, d. h. nicht mehr gewandelt werden kann, ist es daher besser, das Vergangene so zu nehmen, wie es ist, zu versuchen, ihm positive Seiten abzugewinnen und wo dies unmöglich erscheint, zumindest die Lehren für die eigene Handlungsweise aus ihm abzuleiten.

Man hat die Geschichte die Lehrmeisterin der Menschen genannt. Es ist wahr, auch dann, wenn leider die Völker allzu oft nur zu spärlichen Gebrauch von ihr gemacht haben. Diese potentiell segensreiche Rolle für die Weiterbildung der Menschheit wird allerdings in dem Augenblick unmöglich gemacht, wo der Versuch unternommen wird, die Vergangenheit durch schwarz-weiß Malerei zu verfälschen und sie nach subjektiven Auffassungen und Schuldgefühlen der Gegenwart umzudichten. Unwahrhaftigkeit hat niemals erzieherisch gewirkt; und gar ein Problem, das man versucht hat, unter den Teppich zu kehren, kommt bestimmt in wesentlich verschärfter Form im ungeeignetsten Augenblick wieder.

Es ist demnach Aufgabe desjenigen, der die Geschichte betrachten will, daß sie ihm und seinen Zeitgenossen als Maß für das Künftige diene, immer wieder zu versuchen, eine reelle Bilanz aufzustellen. Gewiß müssen wir uns dabei der Beschränkung unserer eigenen Fähigkeiten bewußt bleiben. Der Mensch kann die absolute Sachlichkeit nicht erreichen; sie ist für den Sterblichen bloß ein Ziel, dem er nachstreben soll. In dem Maße, in dem wir auf diesem Wege fortschreiten, können wir aufbauend wirken. In diesem Sinne müssen wir trachten, die Bedeutung des 3. Juli 1866 in seiner historischen Ausstrahlung zu erkennen und daraus jene Schlüsse zu ziehen, die uns in der Ausrichtung für die Gegenwart von Nutzen sein werden.

*

Wenn man die gewaltige Literatur durchliest, die sich mit dem schicksals-schweren deutschen Bruderkrieg befaßt hat, wird man wahrscheinlich erkennen, daß es Heinrich von Srbik am besten gelungen ist, bis zum innersten Wesen der geschichtlichen Wende vorzudringen. Der allzu oft verkannte Historiker hat die Schlacht von Königgrätz als den endgültigen Untergang des Heiligen Reiches bezeichnet. Hier haben wir in einem einfachen Satz die Essenz dessen, was vor hundert Jahren geschehen ist. Auf den Feldern und im Hügelgelände Böhmens rangen an jenem Tage nicht nur Stämme oder Staaten, nicht nur Regierungen und Heere, sondern in Wahrheit die zwei Grundkonzeptionen der Politik miteinander.

Eine Studie der Geschichte zeigt, daß, wenn man zum Letzten vordringt, es in der Politik nur einige wenige ganz einfache Ideen und Tendenzen gibt. Man darf, um zu diesen zu gelangen, allerdings nicht an den täglich sich wandelnden äußeren Erscheinungsformen hängenbleiben. Das Fundament ist nämlich ebenso unverrückbar wie die Natur. Die großen Katastrophen, die diese von Zeit zu Zeit heimsuchen, verändern an dem Wesen der Landschaft nur wenig. Bäume werden entwurzelt, Menschenwerk stürzt zusammen, aber die Berge und Täler bleiben. Nicht anders ist es in der Politik, die ja mit dem wenigst wandelbaren Element der sichtbaren Welt zu tun hat: dem Menschen.

In diesem Blickwinkel der Ereignisse erkennen wir im öffentlichen Leben zwei Elemente, die dasselbe in der letzten Analyse immer wieder bestimmen.

Es ist beinahe schon ein Gemeinplatz, daß jede politische Diskussion, wenn sie bis zum Ende geführt wird, in der Theologie landet. Diese Tatsache sollte uns nicht erstaunen, da die Grundsätze des Gemeinschaftslebens zwangsläufig die Frage nach dem, was der Mensch wirklich ist, aufwerfen. Aus dieser ergibt sich dann ebenso logisch die weitere Frage, was er auf dieser Welt zu suchen hat, was die Sinngebung seiner Existenz ist. Die Form der Gemeinschaft hängt nämlich von der letzten Zielsetzung ihrer Einzelteile ab. Hier stehen wir bereits mitten in der Theologie. Die Erkenntnisse der Königin der Wissenschaften formen zwangsläufig die Ausrichtung in allen Öffentlichkeitsfragen, in denen ja letztlich eine beinahe zwingende Logik zu finden ist.

So gesehen, gibt es im Grunde genommen nur zwei Antworten. Auf der einen Seite sind jene, die an einen Gott glauben, den Mittelpunkt des Universums, der in seiner Weisheit die Geschicke der Menschheit lenkt und Herr der Geschichte ist. Die großen Entscheidungen der Politik sind seinem Gesetz unterworfen. Man könnte diese Gedankenschule die theozentrische Auffassung von der Welt nennen. Ihr entgegengesetzt sind jene, die die Materie und damit den sterblichen Menschen als etwas Autonomes betrachten, das von einem höheren Wesen unabhängig ist. Der Mensch sei demzufolge das Zentrum der sichtbaren Welt. Man könnte diese Auffassung die anthropozentrische nennen, da ihr zufolge der Mensch als die derzeit höchste Entwicklungsstufe der Materie ein Kraftzentrum darstellt, das sich jenseits von Gutem und Bösem befindet, der Gesetzgeber, der allerdings in logischer Folge an die eigenen Bestimmungen nicht gebunden ist.

Aus dieser ersten Wahl zwischen den zwei grundlegenden Gedanken-
schulen entwickelt sich alles weitere. Die materialistische Auffassung führt
beinahe zwangsläufig zu der Vergöttlichung des Menschlichen. Da es aber
nahezu unmöglich ist, auf die Dauer einen Sterblichen zu verabsolutieren
und ihm eine Allmacht zuzusprechen, die durch die Ereignisse Lügen ge-
straft werden muß, liegt die Flucht in das Kollektiv nahe. Sie bedeutet also
die Vergöttlichung der jeweils größten menschlichen Gemeinschaft. Wir
kommen damit vom Materialismus zwangsläufig zum Nationalismus.

So erstaunlich es klingen mag, ist es doch noch immer notwendig, wenn
man von Nationalismus spricht, ihn gegenüber dem Patriotismus abzu-
grenzen. Trotz aller Tragödien, die uns heimgesucht haben, finden wir noch
immer allzu viele Europäer, die sich der tiefen Antithese der beiden Begriffe
nicht bewußt sind. Gerade wir, im Herzen Europas, sollten allerdings gelernt
haben, daß sich Nationalismus von Patriotismus unterscheidet wie Böses vom
Guten oder Nacht vom Tag. Der Patriotismus gründet auf der naturgegebenen
Liebe des Menschen zu seiner Gemeinschaft — also Familie, Gemeinde,
Stamm und Land. Dieses Gefühl ist durchaus positiv. Es bedeutet ein Treue-
verhältnis, macht aber nicht blind. Der Patriot freut sich über die guten
Eigenschaften seiner Gemeinschaft; er anerkennt aber, daß auch andere eben-
solche Qualitäten aufweisen können. Noch wichtiger allerdings ist die Tat-
sache, daß der Patriot über sich und über den größeren Kollektiven eine
objektive Rechtsordnung anerkennt, der alle gleichermaßen unterworfen sind.
Angesichts dieser höheren moralischen Werte gibt er die Möglichkeit zu,
daß auch sein Vaterland sich schuldig machen kann, wobei diese Erkenntnis
keineswegs der gebotenen Liebe Abbruch tut. Der Nationalist demgegenüber
vergöttert, verabsolutiert seine Gemeinschaft, die das höchste Wesen seiner
Ersatzreligion ist. Er setzt sie jenseits von Gut und Böse, etwa nach dem
Satz, daß Recht ist, was dem Volke nützt. Der Nationalist ist daher politisch
amoralisch. Gleichzeitig führt seine Haltung dazu, alles andere herabzusetzen
und in der Regel nicht anzuerkennen, was von benachbarten menschlichen
Gemeinschaften geleistet wird. Der Nationalismus enthält somit ein Element
des Hasses, der, wie die Erfahrung zeigt, vergiftend auf das zwischenstaatliche
Leben wirken muß.

Die Verabsolutierung der eigenen Nation führt unvermeidlich über kurz
oder lang zum Totalitarismus. Das Göttliche hat totalen Anspruch. Für den,
der an einen transzendenten Gott glaubt, ist der dem Menschen innewohnende
Drang nach dem Totalen — übrigens ein natürlicher Trieb — auf etwas
Geistiges, Überweltliches gerichtet. Somit befriedigt, kann der Mensch in
der untergeordneten Sphäre seiner Welt Toleranz üben. Dort aber, wo die
höchste Ordnung sich auf der Erde selbst befindet, ist es unvermeidlich, daß
der totalitäre Trieb sich in der greifbaren Welt austobt, ganz gleichgültig,
ob auf der nationalen oder sozialen Ebene. In der letzten Analyse und in ihrer
Auswirkung auf die Gemeinschaft sind sich beide gleich.

Wie bereits im Vorhergehenden angedeutet, führt eine theozentrische Auf-
fassung in die genau entgegengesetzte Richtung. Sie wird, wenn sie zu Ende

gedacht ist, einen richtig verstandenen Liberalismus fördern. In dem Augenblick nämlich, in welchem der Mensch in seinem Nächsten nicht nur eine zeitbedingte Erscheinungsform der Materie sieht, sondern ein gottverwandtes Wesen, das eine unsterbliche Seele besitzt und daher die gewaltige und erschreckende Gabe erhalten hat, durch einen Entschluß seines freien Willens sein eigenes Heil oder ewige Verdammnis zu bestimmen, wird er förmlich zwangsläufig veranlaßt, die Entschlüsse und Gedanken seines Nächsten zu respektieren — mit einem Wort, Toleranz zu üben. Es ist wahr, die Geschichte zeigt uns oftmals Ausbrüche des Hasses und der Unduldsamkeit gerade im Namen religiöser Bekenntnisse. Immerhin kann man feststellen, daß diese Rückfälle in die Barbarei in der menschlichen Schwäche begründet waren, nicht aber in den Grundsätzen, die sich aus dem religiösen Glauben ergeben. Religionen werden besonders in Verfallszeiten intolerant.

Das 19. Jahrhundert, das Zeitalter der gefährlichen Ersatzreligionen, der nationalistischen wie der klassenkämpferischen, gipfelt in den Kriegen zwischen 1848 und 1870/71. In ihnen fällt die Entscheidung zwischen Reichsidee und Nationalitätenprinzip, zwischen dem bündischen und dem jakobinischen Gedanken. Zu welchem Zeitpunkt Unwiderrufliches geschehen ist, darüber kann man streiten. Die Wiederkehr der jakobinischen Ideen begann zweifellos schon mit der Pariser Julirevolution von 1830. Im Jahre 1839 erschien die Schrift von Louis Napoleon Bonaparte, dem späteren Napoleon III., über die „Idées Napoléoniennes“, 1840 schlug der Nationalismus in Frankreich und in Deutschland hohe Wogen und hätte beinahe bereits zu einem sinnlosen Kriege geführt — sinnlos deshalb, weil sich der glühende Nationalhaß an einer völlig abseitigen Frage, an dem im Grunde nur England, Frankreich und Rußland wirklich interessierenden Orientproblem, entzündete. Es ist übrigens typisch für den Nationalismus, daß nicht wirklich patriotische und nationale Gefühle oder Interessen die von ihm ausgelösten Kriege hervorrufen, sondern daß Volk und Vaterland herhalten müssen, um irgendwelche imperialen Ziele und Prestigefragen zu bemänteln.

Noch in den fünfziger Jahren hatten föderalistische Ideen in der europäischen Politik eine große Rolle gespielt. Die während des Krimkrieges von Wien ausgehenden Pläne einer europäischen Zollunion und eines Verteidigungsbündnisses sind in Denkschriften und diplomatischen Noten niedergelegt. Emil Daniels, der von den Augenblicken spricht, da „der Historiker meint, den Sekundenzeiger an der Weltenuhr vorrücken zu sehen“, glaubt, daß die Schlacht von Solferino am 24. Juni 1859 den Wendepunkt ins Verderben darstelle, und er nennt sogar die genaue Uhrzeit, 12 Uhr mittags, da mit dem Angriff der französischen Garde auf Solferino die Entscheidung über Entwicklungen fiel, die er bis in die Gegenwart — das Buch ist 1928 geschrieben — verfolgt. Aber einige hundert Seiten weiter gibt der gleiche Historiker zu, daß es auch 1866 hätte anders ausgehen können und meint, daß es am 28. Juni dieses Jahres um 11 Uhr vormittags von einem einzigen Entschluß eines einzigen Österreichers abgehängt habe, ob Deutschland durch Preußen geeinigt würde. Er denkt an den Augenblick, da Feldzeug-

meister Benedek bei Skalitz mit drei Korps, ein viertes in erreichbarer Nähe, einem preußischen Korps gegenüberstand und den zum Greifen nahen Teilsieg ausschlug, um einen anderen Plan zu verwirklichen, der um jene Stunde gar nicht mehr auszuführen war. Es ist der Augenblick, von dem Friedjung sagt, daß hinter Benedek, als er seinen Wagen wenden ließ und nach Josephstadt zurückfuhr, sein Soldatenglück für immer zusammengebrochen sei. Benedek freilich scheint noch auf dem Schlachtfeld von Königgrätz an die Möglichkeit des Sieges geglaubt zu haben, bis zu jener schrecklichen Minute, da ihm gemeldet wurde, die Preußen stünden in Chlum, also im Zentrum seiner Aufstellung, nur einige Hundert Meter von seinem Feldherrnhügel entfernt, und er, um diese Meldung als Unsinn zu erweisen, sein Pferd in Trab setzte, um selbst nach Chlum zu reiten, bis ihm wenige Sekunden später bereits die Salven der Zündnadelgewehre entgegenschlugen. Bis zu dieser Zeit hatten auch die Preußen im Gefolge König Wilhelms auf der Höhe von Dub — bis auf den einzigen Moltke, der des Sieges sicher war — und verschiedene preußische Generale in der Front der 1. Armee ernsthaft am Erfolg gezweifelt. Als aber wenig später die Entscheidung gefallen und Königgrätz — „bis zwei Uhr mittags eine für die Österreicher gewonnene Artillerieschlacht“ (Friedjung) — zur furchtbaren Niederlage geworden war, hatte sich unwiderruflich entschieden, daß die Neugestaltung Mitteleuropas nicht im reichischen Sinne in der Form eines Staatenbundes von der Nordsee bis zum Balkan, sondern im kleindeutsch-nationalstaatlichen erfolgen werde. Damit war der Weg zu einem föderalistisch geordneten Europa auf mehr als ein halbes Jahrhundert blockiert und mit der kleindeutschen überhaupt die gefährlichen kleinräumigen Lösungen stabilisiert, von denen die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts ausgehen.

Nebst der Bedeutung der letzten Fragen in der Politik können wir in der Geschichte noch eine zweite Kraftlinie feststellen: die Bewegung zum Großraum. Wir finden hier im öffentlichen Leben eine interessante Parallele zu dem tragenden Gedanken der Philosophie Teilhard de Chardins, der Entwicklung auf den Punkt Omega hin. Wie der einzelne sucht auch das Gemeinschaftsleben einen Punkt, der noch weit in der Ferne liegt, einen Zustand der Ruhe und des Gleichgewichtes, der nur im größten Raum erreicht werden kann. Wir sehen hier das Streben von der Familie über die Zeltgemeinschaft zum Stamm, von der Dorfgemeinde über die Stadt zu den Territorien und schließlich zu kontinentalen Zusammenschlüssen, die schon wieder ihrerseits auf weltweite Lösungen hinweisen. Diese unaufhaltsame Bewegung ist heute von besonderer Aktualität. Die ausgesprochene Akzeleration der Geschichte unter dem Einfluß des technischen Fortschrittes gibt ihr ständig kräftigste Impulse. Zu diesen gesellt sich das Zerbrechen altbekannter Formen in Politologie und Soziologie und das Schwinden der Bedeutung der Grenzen.

Gerade in dem letzten Jahrzehnt ist uns diese Entwicklung besonders klar vor Augen geführt worden. Bis zu der Erfindung der interkontinentalen Raketen und der Massenzerstörungswaffen hat es in der Welt noch Sicherheits-

zonen gegeben. Sie bestehen heute nicht mehr. Das was man seinerzeit Pufferstaaten oder „cordon sanitaire“ nannte, ist militärisch nicht mehr wirksam, da die Welt vor den letzten Waffen eins geworden ist. Das Ende aller Sicherheit, von dem Winfried Martini spricht, ist gekommen und damit auch jene Relativierung der Grenzen, die aus der Tatsache entspringt, daß diese historisch gesehen erdgebundene Verteidigungslinien waren. Sie haben heute ebensowenig militärische Bedeutung wie etwa eine Festung von Vauban gegenüber einer Hydrogenbombe. Ein moderner Krieg hat keine Fronten mehr.

Diese Phänomene, zu denen sich die fortschreitende Arbeitsteilung in der Welt und die ins Unheimliche wachsende Vermischung der Bevölkerung gesellt, lassen heute schon vor unseren Augen in einer nicht zu fernen Zukunft jene neue Phase aufscheinen, die jenseits der noch erstrebten kontinentalen Einigung bereits auf weltweite Regelungen hinweist. Eine der beängstigendsten Fragen unserer Zeit ist es ja, ob dieser gewaltige Übergang ohne noch größere Erschütterungen möglich ist als jene, die früher die verschiedenen Etappen markiert haben, die die Menschheit bereits durchgemessen hat. Ein jeder Schritt nach vorne ist nämlich um den Preis gewaltiger Konvulsionen, Kriege und Bürgerkriege erfolgt. Die heutige Entwicklung zeigt uns, daß ein Konflikt in der Zukunft bloß in der Form eines Bürgerkrieges der Menschheit stattfinden kann, einer Katastrophe von solch unbeschreiblichem Ausmaß, daß sie alle Kataklysmen der Weltgeschichte in den Schatten stellen würde.

Wenn wir den bisher zurückgelegten Weg in dieser Perspektive betrachten, so wird sich zeigen, daß es auch hier zwei Schulen gegeben hat, deren Gedanken seit dem Ursprung immer wieder die Handlungen in dem von der Zeit und vom Entwicklungsstadium gegebenen Rahmen bestimmt haben. Es sind dies das Konzept der universalen Monarchie auf der einen Seite, der reichische Gedanke auf der anderen.

Das Wort „Universalmonarchie“ darf nicht nach dem landläufigen Gebrauch mit dem Begriff Staatsform verwechselt werden. Es hat seine Sinngebung auf zwischenstaatlicher Ebene. Die Schule, die dieses Konzept vertritt, geht von der Auffassung aus, daß größere Einheiten notwendig sind, daß diese aber nur durch die Ausdehnung eines schon bestehenden Herrschaftsbereiches geschaffen werden können. Mit anderen Worten: eine Gemeinschaft ist berufen, die sie umgebenden Gebilde gleicher Art zu beherrschen, nicht nur weil sie die kräftigste und fortschrittlichste ist, sondern auch den für die weitere Entwicklung aussichtsreichsten Gedanken trägt. Diese Auffassung bedeutet somit, daß es ein Kollektiv gibt, das den anderen überlegen ist und daher die Aufgabe hat, diese sich untertan zu machen, um sie dereinst auf die eigene Entwicklungsstufe emporzuheben. Einigung und Fortschritt seien daher nur durch Vorherrschaft zu erreichen. Dies wieder bedeutet Zentralismus, ja sogar Totalitarismus, da nur auf diese Weise der Wille von oben wirkungsvoll durchgesetzt werden kann.

Dem Begriff der Universalmonarchie steht der reichische Gedanke gegenüber. Auch er ist bestrebt, größere Räume zu schaffen und zu einigen. Allerdings sieht er diese nicht unter Beherrschung sondern in der Perspektive

einer weiten über den Gemeinschaften liegenden Rechtsordnung, deren Durchsetzung und gerechte Verwaltung dem Reiche obliegt. In diesem Sinne ist zu verstehen, daß im Heiligen Römischen Reich der Kaiser vor allem der Richter und der oberste Rechtswahrer gewesen ist, der sich durch seine internationale Funktion von den territorialen Fürsten — von den „armen Königen“, wie sie Walter von der Vogelweide nannte — unterscheidet. Der reichische Gedanke sucht also nicht Vorherrschaft, sondern Harmonie. Er vertritt die Gleichheit unter den Völkern. Nach innen drückt er sich in dem sogenannten Subsidiaritätsprinzip aus, der Antithese zu dem von der Universalmonarchie geübten Zentralismus. Nach diesem Grundsatz der Verwaltung kann der größere Raum und die höhere Autorität nur dort eingreifen, wo das Kleinere nicht befähigt ist, zufriedenstellend zu funktionieren. Damit wird im Reich der erste Rechtsträger die geringste und schwächste Einheit, was ja auch schon darum logisch ist, weil jede echte Rechtsordnung vor allem für das am meisten schutzbedürftige Mitglied der Gemeinschaft zu sorgen hat. Ein Rechtsstaat erkennt sich an dem Respekt für die Rechte der unbedeutendsten und der unbeliebtesten Minderheiten; denn der Mehrheit zu dienen ist keine Kunst.

Der große tschechische Politiker und Historiker Palacký hat das sehr deutlich erkannt und ausgesprochen, als er in seinem oft mißgedeuteten und als nationalistisch verdächtigen „Absagebrief“ an den Fünfziger-Ausschuß zur Vorbereitung der Frankfurter Nationalversammlung vor der „russischen Universalmonarchie“ warnte, die der Gewinner sein werde, wenn man Österreich zerstörte. Die Zerstörung Österreichs aber erschien ihm als die unausweichliche Folge der Errichtung eines deutschen Nationalstaates. Die Tschechen hatten 800 Jahre dem deutschen Reich angehört und waren gut dabei gefahren. Sie könnten aber keinem deutschen Nationalstaate angehören. Palacký begriff, daß Österreich, der Staat der vielen kleinen Völker, die jedes für sich zu schwach seien, sich selbst gegen die großen zu schützen, aber gemeinsam stark genug seien, ihre Freiheit zu bewahren — dies eine Definition, die von Kaiser Franz Joseph stammt —, den Tschechen und Europa gegen den russischen Imperialismus Sicherheit gewähren könnte, dessen Gefahr Palacký als einer der ersten in der Tendenz zum Totalitarismus, zur „Universalmonarchie“ sah. Daher könnte sein Volk zur Zerstörung Österreichs nicht die Hand reichen. Wie recht er hatte, mußten die Tschechen im 20. Jahrhundert erkennen. Heute reicht die „russische Universalmonarchie“ bis an den Böhmerwald. Übrigens hat Bismarck dies später begriffen. In jenem berühmten Satz, mit dem er 1879 das Bündnis mit Österreich rechtfertigte, sagt er, daß „Böhmen in russischer Hand“ Deutschlands Verderben, „Böhmen in unserer Hand der Krieg ohne Gnade und ohne Unterlaß“ mit dem russischen Imperium wäre: „Sie sehen, es ist unser Interesse, daß Österreich lebe.“

*

Dieser grundlegende Unterschied zwischen dem Konzept der Universalmonarchie und dem Reichsgedanken führt uns wieder an das eigentliche

Thema — den geschichtlichen Wendepunkt von Königgrätz — heran. Denn das Wort Srbiks über das Ende des Heiligen Reiches erst 1866 zeigt uns, daß die Schlacht eine gewaltige Konfrontation von zwei Grundprinzipien der menschlichen Entwicklung gewesen ist. Sie wurde durch die Vertreter der Universalmonarchie, d. h. durch das kleindeutsche Staatskonzept gewonnen.

Wenn wir heute nach hundert Jahren auf dieses welterschütternde Ereignis zurückblicken — und das ist ja in der Geschichte eine relativ kurze Zeit —, werden wir erkennen, daß man im Fall Königgrätz eigentlich nicht nur von einem Leidtragenden sprechen kann. In dieser historischen Tragödie war nicht nur Österreich und das Sudetendeutschtum der Verlierer, sondern genauso, wenn nicht sogar mehr, das anscheinend siegreiche Preußen.

Daß dem so ist, daß tatsächlich Königgrätz noch mehr ein Pyrrhussieg war als das berühmte Vorbild im Altertum, geht auf einen bedeutenden sachlichen Unterschied zwischen den beiden politischen Grundformen zurück. Ein Reich kann auch durch einen Staat oder ein Volk geschaffen werden, das nicht eine erste Militärmacht ist. Der nachgerade zu Tode zitierte Satz des „tu felix Austria nube“ weist ja auf diese Wahrheit hin. Die Größe der Habsburgischen Herrscher hat meist auf diplomatischen und nicht auf militärischen Erfolgen beruht. Dies erklärt übrigens manchmal den sonst schwer verständlichen Haß derjenigen gegen die Dynastie des Heiligen Reiches, die unter dem Einfluß der romantischen Pubertäterscheinungen des späteren 19. Jahrhunderts, wo so viel von falsch verstandener Nibelungentreue oder von „viel Feind, viel Ehr“ gesprochen wurde, einem Friedrich III., Karl V., Leopold oder auch Kaiser Franz vorwarfen, lieber durch geduldige Verhandlung oder langfristige Verträge als durch „Blut und Eisen“ das Reich zu mehren. Dabei zeigt uns die Geschichte schlüssig, daß friedliche Eroberungen dauerhafter sind als Staaten, die ihren Ursprung ausschließlich militärischen Erfolgen verdanken.

Während also ein Reich, im richtigen Sinne des Wortes, auch durch eine zweitrangige Militärmacht gegründet werden kann, bedarf es zur Schaffung einer Universalmonarchie, also der Aufstellung einer Herrschaft des einen über andere, überragender militärischer Kraft. Diese hat Preußen trotz dem Heldenmut seiner Männer und der Fähigkeit seiner Heerführer aus geopolitischen und wirtschaftlichen Gründen stets gefehlt, beziehungsweise hat Preußens Macht nicht genügt, um Augenblickserfolge in dauerhafte Zustände zu verwandeln.

Der deutsche Historiker Barnik hat in seinem neuerdings erschienenen Werk „Deutschlands Schuld am Frieden“, die spekulativ interessante These aufgestellt, daß der historische Fehler Preußens darin bestanden habe, allzu friedfertig gewesen zu sein. Der Autor führt aus, Bismarck hätte im Jahre 1870 nicht stehenbleiben sollen, sondern das augenblickliche Übergewicht dazu verwenden müssen, alle Nachbarn zu entmachten und zu unterwerfen. Dann wäre die Welt zu einem gesunden, vielleicht sogar glücklichen Großpreußen geworden. Barnik, den man den klassischen Vertreter des kleindeutsch-universal-monarchischen Gedankens in unseren Tagen nennen kann,

stützt seine Theorie mit einigen Begründungen, denen man die scheinbare Logik nicht absprechen wird. Ohne uns mit den Einzelheiten seiner Auffassung auseinandersetzen zu wollen, muß ihm jedoch der Grundfehler seines gesamten gedanklichen Aufbaues entgegengehalten werden: er übersieht die strukturelle Schwäche Preußens, die nicht nur in der historischen Entwicklung gelegen ist, sondern insbesondere darin, daß Preußen nur dann hätte genügend Kraft entwickeln können, wenn es tatsächlich der Vertreter des Gesamtdeutschtums geworden wäre. Das war ihm aber aus charakterlichen wie aus geographischen Gründen versagt. Ein Griff nach den Sternen mit ungenügenden Mitteln hat immer zu Katastrophen geführt. Aus Preußen eine Universalmonarchie zu machen, mußte daher auch im beschränkten deutschen Raum die Interessen des Gesamtvolkes lebensgefährlich bedrohen.

Es stellt sich allerdings hier die Frage, ob auch bei Vorhandensein der materiellen Gegebenheiten, die Preußen mangelten, es überhaupt möglich gewesen wäre, eine Universalmonarchie aufzustellen — wie sie die logische Folge von Königgrätz hätte sein müssen, sollte Bismarcks Werk bestehen. Mit einem Wort, ist eine Universalmonarchie überhaupt denkbar? Die Bestrebungen dazu, die im Laufe der Geschichte nicht gefehlt haben, scheinen den Beweis zu erbringen, daß ein solcher prometheischer Versuch immer zum Scheitern verurteilt sein wird. Das Unternehmen, die Herrschaft eines Volkes über die gesamte Welt aufzustellen, zumindest in dem Rahmen, der durch die technischen Bedingungen der Zeit gegeben ist, ist schon darum zum Fehlschlag verurteilt, weil unvermeidlich die Summe der Gegenkräfte immer größer sein wird als die Macht desjenigen, der zur Eroberung antritt. Darüber hinaus erfordert die Herrschaft eines einzelnen eine so gewaltige Anstrengung, daß der Betreffende, sogar wenn ihm für einige Zeit das Glück hold sein sollte, an der Überbeanspruchung zerbrechen mußte. Die Geschichte zeigt uns, daß die Universalmonarchie immer ein Ziel sein wird, dem Menschen nachstreben werden. Ihre Anstrengung wird jedoch der Sisyphus-Arbeit gleichen. Man wird dem Gipfel nahekommen, ihn aber niemals erreichen. Jeder Sieg auf diesem Wege bringt den unvermeidlichen, grausamen Rückschlag näher.

In diesem Sinne ist es berechtigt zu sagen, daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Königgrätz und Potsdam besteht. Der Same der Katastrophe des Jahres 1945 lag in dem preußischen Sieg von 1866.

*

Schon Nietzsche hat betont, daß wir nur insoweit der Geschichte dienen sollen, als diese dem Leben dient. Genauso ist die historische Betrachtung dessen, was Königgrätz als geschichtliche Wende bedeutet hat, wenig fruchtbar, solange wir uns nicht auch mit einer praktischen Nutzenanwendung für unsere Tage befassen. Die Tragödie, die die Folge des prometheischen Griffes Preußens nach den Sternen gewesen ist, kann uns den Weg weisen. Eine aufbauende Geschichtsbetrachtung kann dazu führen, daß ein Rückschlag nicht Ende, sondern neues Beginnen bedeutet, wie auch der einzelne in seinem Leben gewöhnlich nur in den harten Zeiten etwas lernt.

Königgrätz zeigt uns vor allem, daß die Lösung der Zukunftsaufgaben nur in einer reichischen Idee gefunden werden kann. Der Nationalismus, den Preußen 1866 verkörperte, hat seinen letzten Ausdruck im apokalyptischen Brande der Reichskanzlei in Berlin gefunden. Die Generation, die solches erlebt hat, sollte im Jahre 1966 fähig sein, sich nicht nur von vergangenen Irrlehren abzuwenden, sondern, vorerst einmal im europäischen Rahmen, den richtigen Weg zu finden.

In der Gegenwart sehen wir zwei Weltmächte, die Vereinigten Staaten und Rußland, und zwei potentielle Mächte, Asien und Europa. In dem Ringen unserer Zeit ist es bezeichnend, daß die beiden derzeitigen Weltmächte Tendenzen zur Universalmonarchie verraten, die ihnen gleichzeitig gewaltige Impulse geben, sie aber auch entscheidend schwächen. Rußlands „Weltrevolution“, besonders in dem Sinne, den der Kreml dem Worte gegeben hat, ist nichts anderes als universeller Imperialismus, wobei sich die der Formel innewohnende Schwäche in den großen Revolutionen innerhalb des kommunistischen Imperiums, in der Dissidenz Jugoslawiens und Chinas gezeigt hat. Amerika wiederum wird vom geistreichen Autor Amaury de Riancourt in seinem Buche „The coming Cesars“ als der puritanische Nachfahre des Römischen Reiches gekennzeichnet, wobei man allerdings bemerken muß, daß in der Politik der Vereinigten Staaten oftmals nicht-imperialistische, sondern reichische Elemente aufscheinen, so daß ein abschließendes Urteil noch nicht berechtigt ist. Bezeichnenderweise haben bisher die imperialistischen Momente zu den größten Rückschlägen der USA geführt; die reichischen wiederum waren die Lichtpunkte in dem Aufstieg Amerikas. Zwischen diesen beiden Weltmächten steht nun Europa.

Bei uns, besonders in der Jetztzeit, überwiegen die reichischen Elemente, die sich in der Fähigkeit zu integrieren und, unter Anerkennung der notwendigen Verschiedenheit, das Gemeinsame herauszuarbeiten zeigen. Besonders im Verhältnis Europas zu Überseegebieten — Afrika wie Südamerika — ist die reichische Tradition von entscheidender Wichtigkeit. In beiden Erdteilen ist eine Konföderation auf der Grundlage der Freiheit in einer größeren Gemeinschaft mit Europa heute durchaus möglich. Dieser Weg weist übrigens bereits auf die nächste Phase der menschlichen Entwicklung, die überkontinentalen Zusammenschlüsse hin. In der Zeit der kontinentalen Großraumbildung sind wir gegen andere zurückgeblieben. Es liegt heute in unserer Hand, durch die Schaffung von Pan-Europa und gleichzeitig durch die Erkenntnis, daß dieser Erdteil berufen ist, über seine geographischen Grenzen geistig hinauszugreifen, uns den Primat in der nächsten Etappe der Menschheit zu sichern. Das allerdings wird im wesentlichen davon abhängen, ob es uns gelingt, Europa auf den Weg des Reiches zurückzuführen und die uns wesensfremde Form der nationalistischen Universalmonarchie der Jahre unseres Unglückes zu bannen.

*

Wenn wir die Geschichte des Heiligen Römischen Reiches studieren, wird uns klar, daß die Deutschen die Berufung hatten, Träger des Reichsgedankens zu sein. Lange hat das Deutschtum diese Aufgabe erfüllt und damit Entscheidendes zur Schaffung unserer christlich-abendländischen Zivilisation beigetragen. Eine solche hohe historische Mission hat allerdings zwei Seiten. Sie kann das Schönste hervorbringen und sie kann schon wegen der Höhe ihres Fluges zu dem schwersten Sturze führen. Nur aus einem Engel des Lichtes kann ein Satan werden, und Ernst Jünger sagt mit Recht, daß Dämonen an den verlassenem Altären hausen. Darum wurde der Abfall des Deutschtums von seiner reichischen Sendung, über den Hermann Ullmann in seiner Studie über den „Weg des 19. Jahrhunderts“ so aufschlußreich spricht, zu einer gesamteuropäischen Tragödie. Nicht nur Deutschland mußte eine historische Katastrophe erleben; es riß die ganze alte Welt mit sich in den Abgrund. Von Deutschlands Gesundung wird es also auch vornehmlich abhängen, ob unser Erdteil noch einmal in Größe erstehen wird.

Die schweren Schicksalsschläge, die uns zuteil wurden, haben das Sudetendeutschtum besonders hart getroffen. Das Volk, das bei Königgrätz mit übermenschlichem Heroismus für die wahre großdeutsche Idee angetreten ist, hat die Folgen der Niederlage des Reiches am furchtbarsten verspürt. Sein Recht auf Heimat kann erst dann erfüllt werden, wenn Europa wieder zu der ihm eigenen christlichen Tradition zurückkehrt und sich damit von der zerstörenden Irrlehre des 19. Jahrhunderts, dem Nationalismus, abwendet. Daß die Zeichen für eine solche Umkehr günstig stehen, kann nur der freiwillig Blinde übersehen.

Es ist für die großen Zusammenhänge der Geschichte symbolhaft, daß der Ruf nach Europa, der bei Königgrätz verhallte, wieder auf sudetendeutschem Boden zu Beginn der Endkatastrophe ertönte. Es war ein Landsmann, Richard Coudenhove-Kalergi, der nach Schluß des Ersten Weltkrieges als erster den Mut hatte, entgegen dem angeblichen nationalistischen Zeitgeist, von Paneuropa zu sprechen. Es ist bezeichnend, daß gerade im Jahre 1966 die Sudetendeutsche Landsmannschaft ihren Karlspreis diesem Manne verliehen hat. Das Bekenntnis des Sudetendeutschen Volkes zu diesem Sohn seiner Erde zeigt den Geist, der heute wieder lebendig ist.

1966 kann ein großer Anfang werden. Vor hundert Jahren bedeutete Königgrätz den Tod des Heiligen Reiches, wie Srbik sagte. Vor fünfzig Jahren, 1916, ist der letzte Kaiser, der noch in Österreich und Deutschland die Krone trug, gestorben, als Franz Joseph seine Augen für immer schloß. Ein halbes Jahrhundert später wiederum bekennt sich eines seiner Völker, das seinem Herzen besonders nahe gestanden ist, zu dem geistigen Erbe, das die Helden von Königgrätz gegen erdrückende Übermacht verteidigt und dem der alte Kaiser noch durch ein halbes Jahrhundert im Donaureiche gedient hat. Die Werte, die 1866 scheinbar unterlagen, sind unsterblich. Es gilt heute, sie zu erkennen und in den Formen der Gegenwart zu neuem Leben zu erwecken.